

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Preis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Berlin 10.00 M. im voraus zahlbar, von der Spedition (ab) 8.50 M. Für Postversand nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Bezugnahme besorgen für Deutschland und Österreich 16.50 M. für das übrige Ausland 21.50 M. jährlich. Postamtliche Aufschrift, per Brief für Deutschland und Österreich 20.00 M. Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36 und 9768.

Die abgepaßte Doppelparallele über dem Namen kostet 2.- M. einschließlich Steuerungs- und Kleiner Anzeiger: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Übersetzung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellungsangebote 2.00 M. netto pro Zeile. St. enggeführt in Wortanzeigen: Das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Anzeigen-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36, Buchhandlung Zentrum 2045. „Freiheit“-Buchdruckerei Zentrum 2030.

FREIHEIT

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Frankreich und Rußland.

Milnerands Hartnäckigkeit.

H. N. Paris, 25. Juni.

Gestern nachmittag wurde die Kammerausprache über die auswärtige Politik eröffnet. Lafont (Links) erklärte, die Alliierten müßten sich nicht auf die Ankündigung von Handelsbeziehungen zu Rußland beschränken, sie sollten vielmehr die Sowjetrepublik sobald als möglich anerkennen. Das einzige Hindernis sei die Frage der russischen Schulden, aber über diese Angelegenheit werde ja mit Krassin in London gesprochen. Ueberhaupt würde man es nicht lange aufschieben können, Frieden mit der Sowjetregierung zu schließen, die eine dauerhafte sei. Die Sowjetregierung sitze fest im Sattel und man könne sofort Frieden mit ihr schließen.

Milnerand antwortete, daß man, um die Beziehungen mit Sowjetrußland wiederanzuknüpfen, nicht an das Gefühl der Menschlichkeit, sondern auch an die Sowjets appellieren müsse. Der Völkerbund habe z. B. einen Untersuchungsausschuß nach Rußland senden wollen, aber die Sowjetregierung habe die Bitte verworfen. Herr Lafont prophesie, daß der Ministerpräsident fort, daß wir morgen die politischen Beziehungen zur Sowjetregierung wieder aufnehmen könnten. Er ist da besser orientiert als ich. Es hängt nicht von uns ab, sondern von den Freunden des Herrn Lafont. Am Tage, an dem die Sowjetregierung wirklich eine Reaktion sein wird, wird sie begreifen, daß es unmöglich ist, mit der Regierung eines Landes

Verhandlungen anzuknüpfen und gleichzeitig den Arbeitern dieses Landes eine Botschaft zu senden, in der diese zum Aufstand gegen ihre eigene Regierung aufgefordert werden. Eine Regierung, die auf diesen Namen Anspruch erhebt, hat als erstes die Pflicht, sich solidarisch für die internationalen Verpflichtungen, die ihre Vorgänger eingegangen sind, verantwortlich zu erklären.

Die russischen Schulden.

H. N. Paris, 26. Juni.

„Journal“ veröffentlicht ein Interview seines Korrespondenten Jacques Marcellac mit Tschitscherin, in dem dieser über die russischen Schulden sprach. Tschitscherin führte an, daß die fortgesetzten Offensiven gegen Sowjetrußland und die Wankade der Moskauer Regierung nicht die Möglichkeit gegeben habe, sofort ungeheure Summen zu bezahlen, um die es sich hier handelt. Auf die Entgegnung, daß Frankreich Anerkennung der Schulden verlange, ehe es sich auf weitere Verhandlungen einlassen könne, erwiderte Tschitscherin, Frankreich solle die Sicherheiten, die es wünsche, feststellen und die Bedingungen angeben, unter denen es zu verhandeln bereit wäre. Der Sowjetregierung müsse dann die Entscheidung überlassen bleiben, ob ihr die Annahme der Bedingungen möglich sei. Auf die Frage, ob die französischen Banken, die Geld in russischen Banken inbesitz haben, entschädigt würden, antwortete Tschitscherin, Hierüber müsse erst verhandelt werden. Sowjetrußland verhalte sich nicht grundsätzlich ablehnend, da Rußland aber ein kommunistischer Staat sei, dürfe das Kapital nicht unter der Bedingung fremder Unternehmungen sich wieder bei Privatpersonen festsetzen.

Die Wirtschaftskrise.

II.

Es zeigt sich aber, daß außer der Schwierigkeit der Warenabgabe im Auslande, der sich durch die Erhöhung der Preise für den in fremder Wärla konsumierenden Abnehmer heute ergibt, eine andere, wesentliche Einwirkung zu beachten bleibt. Das ist die fast gleichzeitige Krisenerschütterung der fremden Märkte, die sich in immer stärkerem Maße bemerkbar macht.

Ein sehr deutliches Bild erweist sich bereits aus der Lage des internationalen Geldmarktes. Mitte Mai sind die offiziellen Diskontsätze in England, Dänemark und Schweden bereits auf 7 v. H. angeklommen gewesen. Italien hat im April und Mai, die Vereinigten Staaten im Mai ihre Bankrate erhöht und fast überall geben die Zentralbanken dringende Weisungen an alle Bankinstitute, die Kredite einzuschränken, die Spekulation zu verringern, da die Lage des Geldmarktes kritisch sei. In Japan ist im Zusammenhang mit der außerordentlich großen Depression am Baumwoll- und Seidenmarkt eine Bankinsolvenz eingetreten — die „Seibenshi Fourth Bank of Yokohama“ —, wodurch die sehr ernste Lage der japanischen Wirtschaft deutlich gekennzeichnet wird.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind die Zinssätze gewaltig in die Höhe gestiegen. Bezeichnend dafür ist die Meldung der „Frankfurter Zeitung“, daß der Kurs der amerikanischen Freizugsanleihen so tief gesunken ist, daß dieselben sich bereits mit über 6 v. H. verzinsen und daß die New York Central Ausfallrisikobonds zu 7 v. H. — bei zehnjähriger Umlaufzeit — herabdrücken muß. Welche Forderungen das amerikanische Kapital bei europäischen Anleihen zur Zeit stellt, ergibt sich aus dem mit der belgischen Regierung getroffenen Abkommen einer 7 1/2 Proz. Anleihe, die in 25 Jahren mit einer Vergütung von 15 v. H. rückzahlbar ist. Auch das „Händler Volksrecht“ konnte vor kurzer Zeit berichten, daß die Schweiz ein Angebot amerikanischer Bankiers erhalten habe, welches für sieben Jahre 7 v. H. Zinsen, 4 v. H. Extraprozession und einen Uebernahmefuß von 90 vorliehe, also eine Verzinsung von etwa 8 1/2 v. H. ergibt. Diese Zahlen geben gleichzeitig eine Vorstellung der Bedingungen, unter denen man eventuell eine internationale Anleihe an Deutschland geben wird und sie zeigen die Belastung der deutschen Wirtschaft, die Tributpflicht gegenüber dem ausländischen Kapital, die sich daraus ergeben müßte.

Es ist selbstverständlich, daß diese Anspannung des Geldmarktes in den wichtigsten Industrieländern der Welt — Amerika, England, Japan — sich deutlich genug im Gebiet der industriellen Produktion und des Warenhandels zeigt. Wir wissen doch, daß die Schwierigkeiten des Warenabsetzes, die Unterbrechung in der von den Warenbesitzern erwarteten beschleunigten Zirkulation der Güter erst zu der erhöhten Anforderung an den Geldmarkt, zu der Ueberpannung der Kredite mit ihren schädlichen Folgen führt.

In allen Ländern ist offensichtlich eine ähnliche Entwicklung vor sich gegangen wie in Deutschland. Maßlose Erhöhungen der Preise, Zurückbleiben der Einkommen hinter den Kosten der Lebenshaltung (diese Tendenz wird besonders in England und Amerika durch die sehr hohen Einkommensteuern verstärkt) und Erlahmen der Konsumkraft — also kapitalistisch gesprochen: relative Ueberproduktion, der man durch Einschränkung der Erzeugung usw. begegnet. Es kann gar nicht oft genug darauf hingewiesen werden, wie deutlich sich in dieser Krise die Sinnlosigkeit einer Wirtschaftskoordination offenbart, die in einer Welt unübersehbarer Not zur Verringerung der Produktion übertritt. Nicht etwa deshalb, weil Produktionsmangel und Rohstoffe fehlen, sondern weil der Abfall infolge der Uebersteigerung der Preise und der unzureichenden Entlohnung der internationalen Arbeiterklasse liegt.

In Japan ist bisher der Hauptzweig der Textilwirtschaft — Baumwoll- und Seidenindustrie — betroffen. Trotz Verabstimmung der Preise um 50 v. H. ist eine allgemeine Zurückbildung eingetreten, so daß die Fabriken die Produktion außerordentlich verringern und die Arbeiter entlassen.

In Amerika haben sich die Einwirkungen der japanischen Krise sehr deutlich gezeigt. An der Baumwollbörse konnten nur mit Mühe bedeutende Rückkäufe verhindert werden, da die japanischen Fabrikanten und Händler sich in jeden Preis von ihren Verpflichtungen zu betreten ließen. Auf dem Ledermarkt herrscht eine bedenkliche Ruhe, Güter und Felle sind im Preise gesunken. In den Detailgeschäften zeigt sich eine ähnliche Situation wie bei uns. Das Publikum hat die Käufe eingestellt und die Warenhändler ermüden alle Preise um 20 bis 50 v. H. um die Käufer anzulocken.

Verhandlungen über den Boykott gegen Ungarn.

Amsterdam 21. Juni.

Zu der Meldung der Wiener „Neuen Freien Presse“ über bevorstehende Verhandlungen in Wien wegen Aufhebung des Boykotts gegen Ungarn teilt das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit, daß dieser tatsächlich auf diplomatischem Wege eine Einladung erhalten habe, seinen Sekretär zu einer Besprechung mit Vertretern der ungarischen Regierung nach Wien zu entsenden. Daraufhin wird der Sekretär des Bundes wahrscheinlich nach im Laufe der Woche nach Wien abreisen.

Die englische Arbeiterpartei für die Revision des Friedensvertrages.

H. N. London, 26. Juni.

Der Kongreß der englischen Arbeiterpartei nahm eine Entschließung an, in der erklärt wird, der Friedensvertrag sei eine grobe Verletzung nicht nur der angeblichen Ziele der Alliierten, sondern auch der Bedingungen, unter denen der Waffenstillstand abgeschlossen wurde. Die Entschließung verlangt die sofortige Revision des Vertrages in Uebereinstimmung mit diesen Bedingungen. Ein Member erhob unter lebhaftem Beifall der Versammlung Einspruch gegen die Verwendung farbiger Truppen. Der Kongreß verworf schließlich mit überwältigender Mehrheit einen Antrag zugunsten der direkten Aktion.

Zu der Rede, mit der Shaw die Resolution zur Anerkennung der Sowjetregierung begründete, gab er ein Bild des Glanzes in Rußland, das er selbst gesehen habe. Die Massen stellen dieses Glanz als eine Folge der Wankade hin. Jetzt sei Gelegenheit gegeben, mit Rußland Frieden zu schließen.

Turner, eine Mitglied der Abordnung, die in Rußland war, sagte, die Sowjetregierung tue ihr Möglichstes, unter den schwierigsten Umständen den Menschen ein Dach über dem Kopf zu schaffen. Dodson, Mitglied der britischen Sozialisten, brachte einen weiteren Antrag ein, nach dem eine nationale Arbeiterkonferenz einberufen werden soll, um einen Generalkongreß zu organisieren, um dadurch die britische Regierung zu veranlassen, Sowjetrußland anzuerkennen. In diesem Antrage wird den Gewerkschaften empfohlen, einen solchen Generalkongreß zu unterstützen.

Smith führte aus, er sei der Ansicht, daß die Regierung sich über Rußland selbst nicht einig sei. Die englische Arbeiterpartei sollte daher versuchen, einen Keil zwischen sie zu treiben. So könne schließlich das Ziel ohne Streit erreicht werden.

Der Führer der Eisenbahner Thomas erklärte, daß die

Waffenfabriken versuchen, die Munition für Polen aufzuhalten. Demzufolge würden die Gewerkschaften der Frage, einen nationalen Eisenbahnerstreik vorzubereiten. Thomas sagte, daß die ganze Arbeiterbewegung in dieser Angelegenheit aufgerufen werden müsse, und daß diese nicht allein den Arbeitern überlassen bleiben dürfe.

Der Kongreß nahm dann noch eine Entschließung an, daß die Entlohnung von 1400 Gewerkschaftsmitgliedern und Sozialisten, die seit 1915 in Finnland gefangen sind, fordert.

Lebensmittelunruhen in Bremen.

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Bremen, 25. Juni.

Auch in Bremen schlug am Donnerstag die Erregung über die hohen Obstpreise und sonstigen Lebensmittelpreise in Täuschlichkeit gegen die am Markt handelnden Verkäufer um, so daß die Preise für alle Marktwaren zeitweise um die Hälfte und mehr heruntergingen. Dieser Verkauf in den Vormittagsstunden spielte sich noch verhältnismäßig gertgelt ab. Polizeibeamte beteiligten sich selbst als Verkäufer, wobei sie von der Arbeiterschaft unterstützt wurden. Wie bei solchen Gelegenheiten freit, mischte sich auch diesmal der typische Hansa-Gal ein, der alsbald zu Plünderungen der Käden im Stadlinnen überging. Das bewirkte, daß viele Geschäfte nunmehr die Preise von vornherein um ganz beträchtliches herabsetzten. Bemerkenswert ist, daß auf dem Markt und in den Straßen von bürgerlichen Herrern (Antisemiten) zur Plünderung der jüdischen Warenhäuser angezogen wurde. Am Nachmittag setzten sich die Plünderungen in verstärktem Maße bis in die Vorstädte fort. Die alarmierte Sicherheitspolizei sperrte die Straßen teilweise auch mit Stacheldraht ab. Zum Blutvergießen kam es nirgends. Heute (Freitag) ist in Bremen das Stadlinnen morgen abgeperrt. Es sind große Menschenansammlungen im Stadlinnen, doch ist es bisher zu keinerlei Ausdehnungen gekommen.

In einer Versammlung der U. S. B., die unmittelbar nach den Ereignissen tagte, wurde folgende Resolution gefaßt: „Die Mitgliederversammlung verurteilt auf das Entschiedenste die Vorkommnisse anlässlich der Lebensmittelrevolte in Bremen. Sie ist der Ueberzeugung, daß diese kein geeignetes Mittel sind, der Lebensmittelnot zu steuern. Sie ist ferner der Ueberzeugung, daß diese Vorkommnisse auf eine unerhörte Provokation der militaristisch-kapitalistisch orientierten Parteien zurückzuführen sind. Die Folgen sollen sich in erster Linie gegen die organisierte Arbeiterschaft richten. Die Versammelten lehnen jede Verantwortung dafür ab und protestieren entschieden dagegen, daß die U. S. B. in irgend einer Weise mit den Vorfällen in Verbindung gebracht wird.“

